

# Wiesbaden gerecht

**Programm zur**

**Kommunalwahl 2011**

**SPD-Wiesbaden**

## Inhaltsverzeichnis:

### **Verantwortung für die Stadt – ein Programm für Wiesbaden**

Soziales	6
Sicherheit und Sauberkeit	10
Umwelt, Klima und Naturschutz	13
Stadtentwicklung	15
Verkehrsentwicklung	19
Integration	21
Schul- und Bildungspolitik	23
Kunst und Kultur	25
Wirtschaft	26
Finanzen und Haushalt	28
Freizeit und Sport	29
Bürgerbeteiligung	31
Frauen	32
Gesundheit	33

### **Zur Erarbeitung des Entwurfs:**

- Die Arbeitskreise der Wiesbadener SPD (Unterbezirk und Fraktion) haben von März bis Mai 2010 die „Kommunalpolitischen Leitlinien“ erarbeitet.
- Diese Leitlinien wurden beim Unterbezirksparteitag am 28./29. Mai eingebracht und einstimmig zur Kenntnis genommen.
- Bis 20.8.2010 bestand für SPD-Mitglieder und die Bevölkerung die Gelegenheit, Änderungen / Anregungen / Ergänzungen einzureichen. Ende August / Anfang September hat sich eine vom UBV eingesetzte Redaktionsgruppe mit der inhaltlichen und stilistischen Redaktion des Programms befasst.
- Der vorliegende Entwurf soll beim Listenparteitag am 24./25.9. eingebracht und zur Kenntnis genommen werden. Er geht dann in die Diskussion mit der Öffentlichkeit sowie an gesellschaftliche Gruppen, Institutionen und Verbände.
- Das endgültige Kommunalwahlprogramm wird am 20. Januar 2011 beim Kommunalwahlparteitag verabschiedet.

*Änderungen am Programm sind einem Parteitag jederzeit vorbehalten.*

1 Verantwortung für die Stadt:

2  
3 Unser Programm für Wiesbaden

4  
5  
6  
7 Wiesbaden ist eine schöne Stadt, in der viele aktive Menschen leben, die sich auf  
8 vielfältige Weise in die Stadtgesellschaft einbringen. Darauf sind wir stolz. Denn die  
9 Wiesbadener SPD hat diese Stadt jahrelang geprägt und zu ihrem Vorteil entwickelt.

10  
11 Leider wird unsere schöne Stadt derzeit schlecht regiert. Um es ehrlich zu sagen: Sie  
12 ist noch nie so schlecht regiert worden wie in den Jahren nach 2001 als CDU und  
13 FDP gemeinsam mit den Republikanern und nach 2006 mit den Grünen für Pleiten,  
14 Pech und Pannen in unserer Stadt gesorgt haben.

15  
16 Ob Stillstand beim ÖPNV, Stadtentwicklung nach Investorenwünschen oder  
17 Planungschaos beim Künstlerviertel. Ob Kostenexplosion beim Stadtmuseum,  
18 Entscheidungsunlust bei den Rhein-Main-Hallen oder mangelhafter professioneller  
19 Ausbau der Nachmittagsbetreuung an Schulen. Die Liste der Versäumnisse ist lang.

20  
21 Wir wollen das ändern. Denn wir sind der Meinung, dass Wiesbaden besseres  
22 verdient hat. Eine bessere Politik, die sich um alle Menschen in der Stadt kümmert.  
23 Nicht nur um bestimmte Interessengruppen oder einzelne Stadtbezirke.

24  
25 Wir sind der Meinung, dass Wiesbaden eine Regierung braucht, die die Stadt als  
26 Ganzes im Blick hat. Eine Stadtregierung, die einen Ausgleich schafft zwischen  
27 privaten und öffentlichen Interessen, zwischen den Bedürfnissen von Innenstadt und  
28 Vororten, zwischen ökologischen und ökonomischen Belangen.

29  
30 **Wir brauchen eine neue Regierung für eine gerechte Stadt.**

31  
32 Und für diese gerechte Stadt steht die Wiesbadener SPD. Deshalb lautet unser  
33 Motto:

34  
35 **Wiesbaden gerecht.**

36  
37 Wir wollen nicht, dass in dieser Stadt immer mehr Aufgaben in private Gesellschaften  
38 ausgegliedert werden. Wir wollen, dass eine starke und kompetente Stadtverwaltung  
39 Entscheidungen transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar vorbereitet.

40  
41 Wir wollen nicht, dass eine Politik der sozialen Kälte immer mehr  
42 Betreuungsaufgaben auf die Schultern von Elternvereinen oder privaten Initiativen  
43 umschichtet, während Millionen städtischer Gelder in die Ansiedlung einer privaten  
44 Hochschule fließen. Wir wollen eine gute Kinderbetreuung von Anfang an.

45  
46 Wir wollen nicht, dass immer mehr Fachgeschäfte die Innenstadt verlassen und dort  
47 abends die Lichter ausgehen, weil immer weniger Wohnraum in der Innenstadt  
48 geschaffen wird, während Investoren ein Einkaufs- und Bürogebäude nach dem  
49 anderen errichten.

51 Wir wollen nicht, dass die Stadt sich aus allem heraushält und die Stadtentwicklung  
52 dem freien Markt überlässt – wohin das führt haben wir bei der Finanzkrise sehen  
53 müssen.

54  
55 Die Wiesbadener SPD steht für eine andere Politik. Für andere Inhalte und andere  
56 Formen. Raus aus den Aufsichtsräten und Hinterzimmern, rein in die  
57 Stadtgesellschaft.

58  
59 Weil wir all diese Entwicklungen kritisch sehen, stehen wir für eine andere Politik in  
60 unserer Stadt. Für ein gerechtes Wiesbaden.

61

62 **Wir wollen deshalb:**

63

64 – Einen Ausbau der **Kinderbetreuung** von der Krippe über die  
65 Kindertagesstätte bis zur Betreuung von Schulkindern. Dazu gehören  
66 verstärkt Ganztagsangebote für alle Altersgruppen.

67

68 – Die Stärkung der **Schulsozialarbeit** und der Betreuenden Grundschule –  
69 denn Bildung, Betreuung und Erziehung sind das beste Mittel gegen  
70 Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit. Dies setzt sanierte und gut  
71 ausgestattete Schulen sowie eine ausreichende Zahl an integrierten  
72 Gesamtschulen, um den Elternwünschen zu entsprechen, voraus.

73

74 – Die **Integration** von Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern mit  
75 Migrationshintergrund durch die Förderung der Integration mittels Bildung und  
76 Beteiligung sowie die Einforderung von Spracherwerb und Integration. Denn  
77 für uns ist das Beherrschen der deutschen Sprache eine Schlüsselkompetenz  
78 für persönlichen und beruflichen Erfolg – und damit auch für Integration in  
79 unsere Gesellschaft.

80

81 – Eine **sichere und saubere Stadt** – damit Wiesbaden wieder so schön und  
82 sauber wird, wie es einmal war. Dazu gehören mehr städtische Mitarbeiter bei  
83 Stadtpolizei und Grünflächenamt aber auch weitere Konzepte zur Beteiligung  
84 der Bürgerinnen und Bürger an der Sauberkeit ihrer Stadt.

85

86 – Die Stadt als **Akteur in der Umweltpolitik** etablieren, der auch selbst in  
87 erneuerbare Energien investiert. Dafür legen wir einen Fonds für erneuerbare  
88 Energien auf und prüfen die Beteiligung an Windkraft-, Solar- und Erdwärme-  
89 Anlagen.

90

91 – Eine **Stadtentwicklung** aus einem Guss, die zuerst definiert, was benötigt  
92 wird und dann eine Realisierungsmöglichkeit sucht. Dazu gehört, dass in der  
93 Innenstadt ein Zusammenspiel aus Wohnen, Arbeiten und Einkaufen möglich  
94 sein muss.

95

96 – Die Förderung des **Öffentlichen Nahverkehrs**. Wir machen die Busse  
97 schneller – und damit das Nahverkehrssystem attraktiver. Nachdem CDU und  
98 FDP die Stadtbahn verhindert haben, muss es nun darum gehen, nach dem  
99 Autoverkehr auch das Bus- und Radwegesystem zu fördern.

100

- 101 – Eine **Wirtschaftspolitik**, die auf die Stärkung der Kreativwirtschaft und die  
102 Ansiedlung von vielfältigen Dienstleistungsunternehmen setzt. Denn  
103 Wiesbaden war schon immer ein guter Standort für kreative Menschen.  
104
- 105 – Den **Ausbau des Kur- und Kongresswesens** dank unseres einmaligen  
106 Ambientes mit Veranstaltungsorten in Innenstadtlage. Dazu gehört nach  
107 breiter Diskussion in der Öffentlichkeit auch eine schnelle Entscheidung über  
108 den Neubau einer Messe- und Kongresshalle.  
109
- 110 – Eine moderne **Kulturpolitik** samt ausreichender Finanzierung des  
111 Schlachthofs und neuen Ideen für ein Stadtmuseum.  
112
- 113 – Eine **Sportförderung**, die sich vor allem an den Vereinsstrukturen orientiert  
114 und gleichzeitig den aktuellen Bedürfnissen der Menschen an Leistungs- und  
115 Profisport entspricht.  
116  
117
- 118 Für eine solidarische und zukunftsfähige Stadt, die lebenswert ist für alle  
119 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener.  
120
- 121 Für eine gerechte Stadt: Wiesbaden gerecht.

## Soziales

122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170  
171  
172

Wiesbaden ist eine lebenswerte Stadt, doch es gilt für diese Lebensqualität zu kämpfen und die zunehmende soziale Spaltung zurückzudrängen. Durch viele Einzelentscheidungen hat die bisherige Rathauspolitik deutlich gemacht, dass sie Prioritäten falsch gesetzt hat. Die Stadt entzieht sich durch die Ausgliederung von Aufgaben immer weiter ihrer Verantwortung. Soziale Gerechtigkeit hat die CDU-geführte Koalition selbst als nachrangig bewertet – entsprechend geringen Stellenwert haben soziale Gerechtigkeit und Solidarität in den letzten Jahren in der Politik der zerbrochenen Rathauskoalition besessen.

Solidarität ist für uns Sozialdemokraten eine grundlegende Verpflichtung gegenüber den Menschen, die die Hilfe der Gemeinschaft benötigen. Wir benutzen nicht die Ellenbogen, sondern den Verstand: Solidarität und Chancengleichheit sind für uns Grundsätze des politischen Handelns.

Wir wollen eine solidarische und offene Stadtgesellschaft. Wir stehen für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und des solidarischen Umgangs miteinander. Das heißt für uns: Zusammenhalt der Starken mit den Schwachen, der Gesunden mit den Kranken, zwischen den Menschen mit und ohne Behinderungen, der Generationen untereinander und der Menschen verschiedenster Herkunft. Hierbei gilt es immer benachteiligten und weniger erfolgreichen Menschen nachhaltig Chancen zu eröffnen, ihre Lebenslage zu verbessern. Es ist die dringende Zukunftsaufgabe für eine solidarische Stadtgesellschaft, herkunftsbedingte Benachteiligungen der Menschen bei Bildung, Erwerbsarbeit, Einkommen und sozialer Teilhabe zu erkennen und bei ihrer Überwindung zu helfen.

Die Wiesbadener Sozialdemokraten wollen ihre erfolgreiche Sozialpolitik fortsetzen. Wir bauen dabei auf die gute Zusammenarbeit mit allen beteiligten Partnern, insbesondere den Trägern der Wiesbadener Sozialeinrichtungen.

Eine sozialdemokratisch regierte Landeshauptstadt Wiesbaden geht mit gutem Beispiel voran:

### **Wir fördern Zukunft!**

Weil Kinder die Zukunft sind, gilt es Kinder und Jugendliche früh zu unterstützen, damit sie ihre Begabungen auch voll ausschöpfen und die Zukunft gestalten können.

- Wir werden die Kinderbetreuung auch in Zukunft weiter ausbauen und setzen auf neue, erfolgreiche Angebote für Bildung, Erziehung und Betreuung, wie die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Kinder-Eltern-Zentren (KIEZ) und werden diese zukünftig als kooperative Bildungsstätten für Kinder und Eltern etablieren.
- Wir bauen auf eine qualifizierte und bildungsorientierte Kinderbetreuung in Kindertagesstätten, Betreuenden Grundschulen oder Ganztagssschulen ausgestattet mit gut ausgebildeten Fachkräften. In der Betreuung von Schulkindern werden wir die durch Jamaika allein auf den Betreuungsaspekt fokussierte Angebote an Schulen zu professionell ausgestalteten

173 Bildungsangeboten fortentwickeln und damit auch die Überforderung der  
174 ehrenamtlich arbeitenden Eltern beenden.

175

176 – Verschiedenste Untersuchung (PISA, IGLU oder die Untersuchung zu den  
177 „Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am  
178 Übergang zur Sekundarstufe I“) zeigen leider sehr deutlich, dass der  
179 Schulerfolg von der sozialen Herkunft der Kinder abhängig ist. Wir werden zur  
180 Verbesserung der Chancen insbesondere für bildungsferne Kinder alle  
181 Bildungsangebote von der Krippe über den Kindergarten und die Grundschule  
182 bis zum Sekundarbereich I und den Übergang in eine Berufsausbildung so  
183 ausgestalten, dass eine gerechte Bildungsteilhabe für alle jungen Menschen  
184 möglich wird. Wir werden uns bemühen, ganztägige Bildungsangebote für alle  
185 Menschen der Stadt so anzubieten, dass sie von allen sozialen Schichten in  
186 intensiv genutzt werden können. Dies erfordert den Ausbau der Krippen- und  
187 Schulkinderbetreuung und den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit an den  
188 Real-, Gesamt- und Berufsschulen. Mit Hilfe unseres erfolgreichen  
189 Kompetenz-Entwicklungs-Programms muss allen Jugendlichen der  
190 Schulabschluss und eine Berufsausbildung ermöglicht werden. Die  
191 angestrebte Einführung der Ganztagschule wird die Kooperation von Schule  
192 und Jugendhilfe bei der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder  
193 verändern und nicht zuletzt für Kinder aus bildungsferneren Familien bessere  
194 Bildungschancen ermöglichen.

195

196 – Die kommunalen Ressourcen für die Bildungs- und Förderangebote –  
197 insbesondere die Fachkraftstellen – werden jeder Kindertagesstätte und jeder  
198 Schule nach einem „Sozialindex“ zur Verfügung gestellt, der die besonderen  
199 Bedarfslagen im Stadtteil berücksichtigt.

200

201 – Wir werden aktiv Jugendliche in ihrer Freizeit und Selbstorganisation  
202 unterstützen und ihnen mehr Treffpunkte und Räume für Aktivitäten zur  
203 Verfügung stellen.

204

205 Auch das Alter hat in Wiesbaden Zukunft. Die Bürger Wiesbadens werden immer  
206 älter, bleiben länger mobil und aktiv. Das Wort vom dritten Lebensabschnitt macht  
207 die Runde. Nicht immer kann die gegenseitige Hilfe und Unterstützung im  
208 Familienkreis sichergestellt werden. Wir unterstützen die Eigeninitiative von Jung und  
209 Alt bei der Entwicklung und Verwirklichung neuer Wohnformen (z.B.  
210 Mehrgenerationenhäuser), die dem Wunsch nach Selbstorganisation,  
211 Gemeinsamkeit und gegenseitiger Hilfeleistung entsprechen. Wir fördern den  
212 Ausbau der Infrastruktur in den Wohnquartieren im Hinblick auf den von vielen alten  
213 Menschen geäußerten Wunsch, so lange im bekannten Wohnumfeld bleiben zu  
214 können, wie möglich. Dazu gehören Nachbarschaftshilfe, altengerechte  
215 Wegebeziehungen, fußläufig erreichbare Einrichtungen und Treffpunkt sowie die  
216 Fortführung der Beratung für selbstständiges Wohnen im Alter.

217

218 Die Weiterentwicklung einer bedarfsorientierten, wettbewerbsfähigen  
219 Versorgungsstruktur im Bereich der stationären Altenpflege unter kommunaler  
220 Trägerschaft ist durch den Neubau einer Altenpflegeeinrichtung im Toni-Sender-  
221 Haus in Biebrich und einer neuen stationären Pflegeeinrichtung in Dotzheim auf dem  
222 besten Weg. Die Bemühungen, bedarfsorientierte Angebote der Altenpflege zu  
223 schaffen, müssen wir verstärken.

224

225 Die Stadt steht auch gegenüber behinderten Menschen in einer besonderen  
226 Verantwortung: Die Erklärung von Barcelona zur Schaffung gleichberechtigter  
227 Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen in und durch die  
228 Kommunen ist die Leitlinie unserer Politik.

229

230 Unser Ziel ist eine Stadt, in der sich alle zu Hause fühlen können. Wir wollen  
231 lebendige Quartiere und Nachbarschaften erhalten und fördern. Die Schaffung von  
232 Wohnraum für Menschen mit kleinen Einkommen ist ein vordringliches Ziel  
233 sozialdemokratischer Stadtpolitik. Die Zahl der verfügbaren, geförderten Wohnungen  
234 ist in Wiesbaden drastisch zurückgegangen. Die verbliebenen Bestände  
235 konzentrieren sich auf die Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre. Wir werden den  
236 öffentlich geförderten Wohnungsbau - insbesondere für Familien - nachhaltig  
237 verstärken. Kleinere Einheiten geförderten Wohnungsbaus werden wir  
238 quartiersverträglich integrieren; bei allen zukünftigen größeren Wohnungsbau-  
239 projekten in Wiesbaden werden wir einen angemessenen Anteil von Wohnungen für  
240 Menschen mit kleinen Einkommen einplanen.

241

242 Aber auch die Verbesserung des Wohnumfeldes, die Sicherung der Selbständigkeit  
243 und der Lebensqualität für Kinder, Familien und ältere Menschen und die soziale und  
244 kulturelle Teilhabe für Alle sind Ziele unserer Stadtpolitik. In den bestehenden  
245 Wohnquartieren werden wir mit den Bewohnern, den Wohnungsgesellschaften und  
246 den vielfältigen sozialen Akteuren im Stadtteil die Stadtteil- und Quartiersentwicklung  
247 aktiv fördern (Beispiele „Soziale Stadt“ -Biebrich, -Westend). Im Schelmengraben  
248 werden wir ein weiteres Projekt der „Sozialen Stadt“ einrichten.

249

250 Als Optionskommune werden Sozialdemokraten auch in Zukunft alles kommunal  
251 Mögliche tun, um Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, die Qualifikation der  
252 Beschäftigten und der Arbeitsuchenden zu fördern und die Beschäftigungschancen  
253 auch der geringer Qualifizierten zu verbessern. „Gute Arbeit“ und die Verbesserung  
254 der Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die verbindlichen  
255 Grundsätze sozialdemokratischer Politik.

256

257 Wir wollen den Bezirkssozialdienst personell so ausstatten, dass künftig nicht nur  
258 das eigentliche Aufgabenspektrum – darunter die Elternbildung und  
259 stadtteilbezogene Sozialarbeit –, sondern auch die zahlreichen neuen gesetzlichen  
260 Aufgaben adäquat abgedeckt werden können. Die Bezirkssozialarbeit ist ein  
261 Eckpfeiler zur Sicherung von gerechten Teilhabechancen in den Stadtteilen. Sie ist  
262 Frühwarnsystem und kompetente Ansprechpartnerin zugleich.

263

264 In Wiesbaden leben derzeit über 30.000 Menschen in Armut, so dass sie auf  
265 staatliche Existenzsicherungsleistungen angewiesen sind, darunter über 10.000  
266 Kinder und Jugendliche. Diese Zahlen sind ein Skandal – wir Sozialdemokratinnen  
267 und Sozialdemokraten werden uns mit diesem Zustand niemals abfinden und im  
268 kommunalen Rahmen alles tun, um die Lebensbedingungen und Teilhabechancen  
269 dieser Jugendlichen zu verbessern.

270 Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche durch Mittagsmahlzeiten an den  
271 Kindertageseinrichtungen und Schulen versorgt sind. Mittels eines Sozialfonds soll  
272 den Tageseinrichtungen und Schulen die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung  
273 gestellt werden.

274



275 Die Familienkarte und die Ferienkarte sollen zu einer umfassenden  
276 Vergünstigungskarte für alle Menschen mit niedrigem Einkommen – dies sind  
277 Menschen mit Leistungen nach SGB II oder SGB XII, aber auch anderen Bedürftigen  
278 mit geringem Einkommen – zusammengeführt werden. Trotz finanzieller Engpässe  
279 sehen wir Sozialdemokraten uns in der Pflicht allen Wiesbadener Bürgern eine  
280 Teilnahme am kulturellen, sportlichen und sozialen Leben der Stadt und die Mobilität  
281 mit dem Öffentlichen Nahverkehr zu ermöglichen.

## 282 Sicherheit und Sauberkeit

283

284

### 285 **Sicheres Wiesbaden**

286

287 Wiesbaden ist eine sichere Stadt – wenn man allein auf die Statistik schaut. Das  
288 Sicherheitsgefühl der Bevölkerung spricht aber eine andere Sprache. Hier herrscht  
289 der Eindruck, dass die Gefährdung eher größer wird.

290 Ziel der kommunalen Politik muss es sein, die objektive Sicherheit zu stärken und  
291 das Sicherheitsempfinden der Menschen zu erhöhen.

292

293 Die Bereiche in unserer Stadt, in denen sich Menschen besonders unsicher fühlen,  
294 sind nicht schwer auszumachen. Es sind Plätze, an denen mehr Straftaten verübt  
295 werden als in anderen Bereichen – oder aber Örtlichkeiten, die durch Vermüllung,  
296 Farbschmierereien oder sonstige Verunreinigung auffallen.

297

298 Gerade hier müssen Ordnungskräfte verstärkt Präsenz zeigen und bei Bedarf auch  
299 aktiv werden. Die Zahl der städtischen Ordnungskräfte muss an diesen  
300 Anforderungen ausgerichtet werden (und nicht vorrangig an der Verfolgung von  
301 Verkehrsverstößen). Hier ist eine enge Kooperation zwischen Polizei und  
302 Ordnungsbehörde erforderlich.

303

304 Allerdings reicht es nicht, die Symptome zu bekämpfen, ohne die Ursachen  
305 anzugehen. Hilfs- und Präventionsmaßnahmen müssen deshalb ausgebaut werden,  
306 auch unter Einbeziehung Dritter.

307

308 Um eine Konzeption für mehr Sicherheit in der Stadt und deren Umsetzung zu  
309 erreichen, wollen wir bei der Stadt eine Koordinierungsstelle einrichten. Von hier aus  
310 soll die Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungspolizei und Sozialarbeit abgestimmt  
311 und gelenkt werden.

312

313 Ein Ziel muss es sein, die bekannten Umschlagplätze von Drogenhandel und -  
314 konsum zu befreien. In erster Linie um diese Plätze wieder für alle „zugänglich“ zu  
315 machen. Dazu gehört auch, dass Kontrollen engmaschig erfolgen.

316

317 Das Alkoholverbot am Platz der Deutschen Einheit hat die Szene von drogen- und  
318 alkoholabhängigen Personen zersplittert und sie zum Großteil ins Westend  
319 abgedrängt. Dort kommt es mittlerweile zu massiven Beschwerden der Anwohner.  
320 Ein ganzheitliches Begleitkonzept zu den Maßnahmen am Platz der Deutschen  
321 Einheit fehlt bislang. Dieses sollte das Einrichten von Druckräumen, Drogenberatung  
322 vor Ort, Abgabestellen von Methadon und hygienische Treffpunkte für Personen aus  
323 der Szene beinhalten – diese Orte müssen durch fachkundiges Personal betreut  
324 werden und im Winterhalbjahr beheizt sein. Die Erfahrungen anderer Städte mit  
325 sogenannten Trinkerstuben sind auf ihre Wirksamkeit hin zu beobachten.

326

327 Mehr Sicherheit erfordert zwangsläufig auch mehr Sicherheitskräfte auf der Straße.  
328 Bloße Videoüberwachung gewährleistet dies nicht. Es entstehen  
329 Verdrängungseffekte in nicht überwachte Bereiche. Wir fordern deshalb eine enge  
330 Begrenzung der Videoüberwachung auf Bereiche, an denen sie eine sinnvolle  
331 Ergänzung darstellt.

332

333 Stattdessen müssen in erster Linie Ordnungskräfte mit stärkerer Präsenz zur  
334 Verhinderung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten beitragen.  
335 Videoüberwachung ist hierbei eine flankierende Maßnahme. Statt zusätzliches  
336 Personal hinter Kontrollmonitore zu setzen, sollte es auf der Straße eingesetzt  
337 werden.

338  
339 Sinnvoll sind auch Investitionen in die Straßenbeleuchtung. Erfahrungsgemäß fühlen  
340 sich Menschen in schlecht beleuchteten Abschnitten unsicher. Einsparungen bei der  
341 Straßenbeleuchtung in bebauten Bereichen lehnen wir deshalb ab.

342  
343

### 344 **Sauberes Wiesbaden**

345  
346 Eine saubere Stadt wirkt sich nicht nur positiv auf das Sicherheitsempfinden der  
347 Bevölkerung, sondern auch auf die Lebensqualität aus. Es gibt in Wiesbaden viele  
348 Bereiche, in denen die Sauberkeit verbesserungsbedürftig ist. Gerade die Innenstadt  
349 zeichnet sich durch eine Vielzahl von Farbschmierereien, überquellende Abfalleimer  
350 und wilde Müllablagerungen aus.

351  
352 Hier müssen die Anzahl und die Leerungsintervalle der Abfalleimer erhöht werden,  
353 denn saubere Bereiche verdrecken weit weniger schnell als solche, in denen bereits  
354 Müll und Farbschmierereien existieren.

355  
356 Illegale Grünschnitt- und Müllablagerungen führen aber auch in den Vororten  
357 Wiesbadens immer wieder zu berechtigten Klagen seitens der Bürgerinnen und  
358 Bürger. Auch sind Zerstörungen und Vandalismus an Freizeiteinrichtungen in diesen  
359 Bereichen immer wieder zu verzeichnen. Deshalb ist eine verstärkte Ausweitung der  
360 Streifen­tätigkeit der Ordnungskräfte in den Vororten notwendig. Eine Verstärkung  
361 des Feldschutzes könnte diesem Problem Einhalt gebieten und ist daher zu prüfen.

362  
363 Bewährt hat sich auch das Modell, vermehrt Kooperationen mit Vereinen oder  
364 Privatpersonen einzugehen, um ein 'Patenschaftsmodell' zu entwickeln. Dabei geht  
365 es vor allem darum, dass einzelne Personen oder Gruppen Verantwortung für  
366 einzelne Flächen in ihrem Stadtteil übernehmen, ohne die Stadt aus ihrer  
367 Verantwortung zu entlassen.

368 Dies ist sowohl in den Vororten möglich und sinnvoll als auch in der Innenstadt, wie  
369 am Spielplatz am Blücherplatz, wo es eine solche Initiative bereits gibt. Auch die  
370 Mauritiusplatz-Initiative ist hierfür ein gutes Beispiel. Bereits bestehende Initiativen  
371 wie das Freiwilligenzentrum sollten gezielt für solche Patenschaften angesprochen  
372 werden.

373  
374 Ein weit verbreitetes Ärgernis in Wiesbaden ist die Verschmutzung durch Hundekot.  
375 Hier gilt es, neben häufigerem Reinigen, die Hundehalter für ihr Fehlverhalten zu  
376 sensibilisieren. Ordnungskräfte müssen dahingehend geschult werden, dass sie  
377 Hundehalter gezielt ansprechen.

378  
379 In Wiesbaden mangelt es an öffentlichen Toiletten - dies hat gerade die SPD immer  
380 wieder bemängelt. Wir fordern, dass in stark frequentierten Gebieten möglichst  
381 flächendeckend öffentliche Toiletten zur Verfügung stehen. Hier sind möglichst rasch  
382 Verhandlungen mit Unternehmen zu führen, da der große Bedarf an öffentlichen  
383 Toiletten nicht allein aus dem städtischen Haushalt gedeckt werden kann.

384

385

386 Konzept gegen Schmierereien

387

388 Graffiti und Farbschmierereien sind nicht dasselbe. Zur nachhaltigen Bekämpfung  
389 von Farbschmierereien und illegalen Graffiti, sind ganzheitliche Konzepte notwendig.

390 Jungen Menschen muss die Grenze zwischen illegaler Graffiti und

391 Farbschmierereien einerseits sowie legalen Graffiti als Kunstform andererseits

392 vermittelt werden. Hierzu gibt es bundesweit, so etwa in Koblenz, Dortmund oder

393 Marktheidenfeld, viele Vorbilder an denen man sich orientieren kann.

394

395 Eine weitere Möglichkeit wäre die Einrichtung einer „Flächenbörse für Sprayer“ im

396 Internet. Dort können Wände zum „besprayen“ angeboten oder gesucht werden.

397

398 Sehr wichtig ist aber auch die Aufklärungsarbeit an Schulen, vor allem in Hinblick auf

399 mögliche Konsequenzen für illegales Sprayen. Und: Illegale Farbschmierereien

400 müssen möglichst rasch beseitigt werden, denn dann lohnt sich für illegale Sprayer

401 der Aufwand und das Risiko nicht, erwischt zu werden.

## 402 Umwelt, Klima- und Naturschutz

403

404

405 Die Umweltpolitik ist eines der wichtigsten kommunalpolitischen Handlungsfelder der  
406 SPD. Deshalb steht für die SPD die Umsetzung konkreter Maßnahmen an erster  
407 Stelle.

408

409 Auch hier heißt es für die SPD: *Die anderen reden – wir handeln!*

410

### 411 **Klimaschutz / Energie**

412

413 Wir streben an, bis 2030 50 Prozent des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien  
414 abzudecken. Deshalb werden wir einen Energieplan für Wiesbaden aufstellen, in  
415 dem dieses Ziel beschrieben und mögliche Zukunftsperspektiven aufgezeigt werden.  
416 Unabhängig davon wird die SPD dafür sorgen, dass

417

418 – ein ökologischer Mietspiegel erarbeitet wird, damit die sogenannte zweite  
419 Miete endlich als eigenständiger Posten erkennbar ist und sich Energiesparen  
420 für Mieter und Vermieter wirklich lohnt,

421 – die Stadt auch als Akteur bei der Erzeugung regenerativer Energien auftritt.

422 Bisher war die Stadt immer nur Vermittler oder Koordinator. Wir sind der

423 Meinung, dass auch die Stadt selbst und städtische Gesellschaften in

424 erneuerbare Energien investieren sollten. Wir sehen zwar derzeit keine

425 geeigneten Flächen für Windräder auf dem Wiesbadener Stadtgebiet,

426 dennoch halten wir Windenergie für sinnvoll und beteiligen uns an

427 Windkraftprojekten, die 1-A-Lagen aufweisen,

428 – in einem umfangreichen städtischen Solardach-Programm alle geeigneten

429 städtischen Dächer mit Solaranlagen versehen werden.

430

431 Wir werden außerdem

432 – einen Fonds für erneuerbare Energien auflegen: So kommt die Stadt an  
433 Investitionsmittel, um ihr Solardachprogramm zu realisieren, aber auch um in  
434 geothermische Anlagen zu investieren

435 – bei ESWE Verkehr den Einstieg in die neue Antriebstechnik forcieren und

436 Busse mit Hybridantrieb testen und bei Erfolg die Fahrzeugflotte umstellen,

437 – günstige Kredite für die wärmedämmende (Altbau)Sanierung bereitstellen,

438 – Passivhäuser auf städtischen Grundstücken bauen bzw. die städtischen

439 Wohnbaugesellschaften beauftragen, von Beginn der Planungen an im

440 Passivhausstandard zu bauen,

441 – die städtischen Gebäude unter energetischen Gesichtspunkten sanieren,

442 – die Verwendung von ökologischen und nachhaltigen Baustoffen bei

443 städtischen Bauvorhaben prüfen.

444

445 Das geplante Kohlekraftwerk Mainz Wiesbaden auf der Ingelheimer Aue geht  
446 energiepolitisch in die völlig falsche Richtung und beeinträchtigt erheblich die  
447 schützenswerte Rheinlandschaft. Dessen Planung passt nicht in das Ziel einer  
448 gesunden, zukunftsfähigen Region. Ein solches Kohlekraftwerk widerspricht auch  
449 den verstärkten Klimaschutzbemühungen des Bundes. Außerdem ist seine  
450 langfristige Wirtschaftlichkeit nicht belegt. Ungeachtet der noch nicht  
451 abgeschlossenen gerichtlichen Prüfung des Projektes und der offenen Frage der

452 Finanzierung lehnen wir dieses ab und treten für die Realisierung von ökologisch  
453 vertretbaren Alternativen ein. Die SPD unterstützt daher die Klage der Stadt  
454 Wiesbaden gegen den Bau des Kohlekraftwerks und wird diesen Prozess auch  
455 weiterhin führen.

## 456 **Landschaftsschutz**

458  
459 Als einzige Partei haben wir im Jahre 2003 ein ambitioniertes und umfangreiches  
460 „Landschaftsprogramm der Wiesbadener SPD“ vorgelegt, das in vielen Bereichen  
461 immer noch Gültigkeit hat. Unser oberstes Ziel ist es, die Landschaft konsequent zu  
462 schützen und hierdurch die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir wollen  
463 Mittel für den Erhalt und die Neuanlage von Streuobstwiesen bereitstellen und die  
464 Biotopvernetzung fortführen.

465 Der Feldschutz erfüllt für die ländlich geprägten Bezirke eine wichtige Funktion und  
466 wird von uns unterstützt. Eine Ausweitung des Feldschutzes ist zu prüfen.

## 467 **Bessere Luft und weniger Lärm für die Stadt**

468  
469 Wir wollen die Renaturierung von Bächen und Bachläufen insbesondere in den  
470 Frischluftschneisen fördern und eine angemessene Zufuhr von Frischluft  
471 gewährleisten. Auch Lärm ist Umweltverschmutzung. Wir werden deshalb den  
472 Lärmaktionsplan Schritt für Schritt weiter umsetzen.

## 473 **Grünpflege und Sauberkeit**

474  
475 Die Stadt muss sauberer werden. Dafür sind zuallererst die Bürgerinnen und Bürger  
476 verantwortlich. Wir werden intensiv dafür werben, darauf zu achten, dass Müll und  
477 sei es nur eine Zigarettenkippe nicht einfach weggeworfen wird. Das heißt, wir  
478 werden die Eigenverantwortung stärken. Da wir die Sauberkeit in Wiesbaden als  
479 stark verbesserungswürdig ansehen, haben wir diesem Aspekt ein eigenes Kapitel in  
480 diesem Programm gewidmet.

481  
482 Umstrukturierungen bei den ELW und im Grünflächenamt haben ihre Spuren  
483 hinterlassen. Der Stellenabbau in der Stadtverwaltung und die Privatisierungspolitik  
484 von CDU und FDP haben hier tiefe Wunden geschlagen. Unter dem Motto  
485 „Sauberkeit braucht Besen“ werden wir gerade im Grünflächenamt für die  
486 Übernahme von Auszubildenden sorgen und damit den Personalbestand ausweiten.

487  
488 Ein eigenständiges Umweltdezernat, das unabhängig von anderen  
489 Planungsvorgaben arbeiten kann, ist für die SPD unerlässlich. Die Wiesbadener SPD  
490 wird sich deshalb für die Einrichtung eines Umweltdezernates stark machen, in dem  
491 Umweltamt, Grünflächenamt, Ver- und Entsorgungsbetriebe sowie der Klimaschutz  
492 organisatorisch zusammengefasst sind.

## 495 Stadtentwicklung

496

497

### 498 **Stadtentwicklung für alle**

499

500 Wiesbaden soll für alle Generationen lebenswert sein - für alle Generationen - aber  
501 auch für alle Einkommensschichten und alle Nationalitäten.

502

503 Voraussetzung hierfür ist, dass es in allen Stadtteilen bezahlbares Wohneigentum  
504 und bezahlbare Mietwohnungen gibt. Die SPD wird deshalb den öffentlichen  
505 Wohnungsbau in allen Stadtteilen fördern.

506

507 Zum generationengerechten Wohnen gehören eine flächendeckende Nahversorgung  
508 und größtmögliche Barrierefreiheit für Senioren oder Menschen mit körperlichen  
509 Beeinträchtigungen. Gleichzeitig werden wir Sozialdemokratinnen und  
510 Sozialdemokraten uns für gut ausgestattete Spielplätze für Familien sowie für die  
511 Gestaltung von Lebenswelten für Jugendliche, die in der Stadt bislang nur wenig  
512 attraktive Orte und Angebote vorfinden, einsetzen.

513

514 Außerdem fördern wir das Mehrgenerationenwohnen und Wohnangebote für  
515 Studenten- oder Seniorenwohngemeinschaften, Alleinerziehende und Menschen mit  
516 körperlichen Beeinträchtigungen. Diese Wohnangebote sollten u. a.  
517 Gemeinschaftsräume, Werkstätten und Räume für ambulante Assistenz beinhalten.

518

519 Um den Flächenverbrauch zu minimieren wollen wir künftig genau darauf achten, ob  
520 bei Bauprojekten nicht zunächst auf bereits versiegelte Flächen zurückgegriffen  
521 werden kann oder immer auf der „Grünen Wiese“ neu gebaut werden muss („Innen-  
522 vor Außenentwicklung“).

523

524 In den Vororten setzen wir uns für den Erhalt der dörflichen Strukturen und für die  
525 weitere Sanierung Ortskerne einschließlich der Dorfplätze ein.

526

527 Qualitative Entwicklung geht für uns vor quantitativer Entwicklung. Dies gilt sowohl  
528 für Wohnen als auch für die Ansiedlung von Gewerbe.

529

530 Wiesbaden ist ein attraktiver Standort für hochwertiges Gewerbe. Um dieses  
531 verstärkt anzusiedeln, ist an geeigneter Stelle zunächst eine ausreichende  
532 Infrastruktur zu schaffen, vor allem die Verkehrsanbindung muss dem entstehenden  
533 Gewerbe gerecht werden.

534

535 Die SPD wird sich aber auch für eine Ansiedlung von Gewerbe und Industrie sowie  
536 die Ausweisung entsprechender Flächen einsetzen – hier muss jedoch genau geprüft  
537 werden, ob die jeweilige Fläche geeignet ist und die Wohn- und Lebensqualität der  
538 Menschen nicht beeinträchtigt werden.

539

540

### 541 **Großsiedlungen**

542

543 Unser besonderes Augenmerk gilt den Großsiedlungen, die in ihrer jetzigen Form  
544 nicht zukunftsfähig sind. Hier sind die Wohnverhältnisse dahingehend zu verbessern,  
545 dass diese für einen größeren Kreis von Mietern attraktiv sind. Entsprechende

546 Aufwertung der Gebäude und des Umfeldes mit Grünanlagen und Spielplätzen  
547 sollten zeitnah umgesetzt werden. Hierzu ist eine enge Kooperation mit dem  
548 Sozialdezernat vonnöten. Dazu gehört beispielsweise auch die Ausweitung von  
549 sogenannten „Concierge-Modellen“.

550  
551

## 552 **Innenstadt:**

553

554 Die Wiesbadener Innenstadt lebt von ihren öffentlichen Räumen, ihrem öffentlichen  
555 Leben, ihrer Marktfunktion, ihrem Wohnumfeld und ihren Nachbarschaften. Sie ist  
556 Mittelpunkt des demokratischen Gemeinwesens.

557

558 Ziel allen politischen Handelns für die Innenstadt ist die Stärkung dieser zentralen  
559 Funktionen. Hierfür sind die folgenden Ziele zu berücksichtigen:

560

- 561 – Erhalt und Neuschaffung bezahlbaren Wohnraums im öffentlich geförderten  
562 und privaten Segment;
- 563 – Pflege des Stadtbildes und qualitätvolle Gestaltung der Fassaden;
- 564 – ökologische Aspekte wie Frischluftzufuhr und Verbesserung des  
565 Wohnumfeldes durch Begrünung;
- 566 – Stärkung der innerstädtischen Grundschulen in baulicher und pädagogischer  
567 Hinsicht: zu einem guten Stadtquartier gehört ein gutes schulisches Angebot;
- 568 – Berücksichtigung von Sicherheitsbedürfnissen im Stadtraum;
- 569 – Öffentliche Nutzungen und kulturelles Angebot beleben das städtische  
570 Zentrum;
- 571 – Die öffentlichen Räume haben eine hohe Qualität und man fühlt sich wohl;
- 572 – Erreichbarkeit der Innenstadt muss unkompliziert, günstig und schadstoffarm  
573 sein, sowohl aus den Stadtteilen als auch aus dem Umland;
- 574 – Offenheit, Zugänglichkeit und Benutzbarkeit für alle Generationen, zu allen  
575 Tageszeiten;
- 576 – Erhaltung und Entwicklung innerstädtischen Einzelhandels; kein Ausbau der  
577 Angebotskonkurrenz an der städtischen Peripherie.

578

579 Wir wollen eine qualitativ hochwertige Fußgängerzone, in der nicht nur Filialisten,  
580 sondern auch der heimische Einzelhandel wieder einen Platz hat und die Ansiedlung  
581 von Billigläden möglichst vermieden wird. Mit der Entwicklung der Kleinen  
582 Schwalbacher Straße, die auf eine SPD-Idee zurückgeht, wurde gezeigt, dass die  
583 Stadt bei der Aufwertung von Geschäftsstraßen durchaus positiv tätig werden kann.

584

585 Damit die Innenstadt nach Ladenschluss nicht zu einem menschenleeren  
586 Gewerbegebiet wird, darf zusätzliche gewerbliche Nutzung künftig nur in Verbindung  
587 mit Wohnraum entstehen. Hier muss die Stadt auch regulierend eingreifen, um  
588 urbanes Wohnen durchzusetzen

589

590 Die Moritzstraße soll zu einer vielseitigen Achse aufgewertet werden, die den  
591 Hauptbahnhof mit der Innenstadt verbindet.

592

593 Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den innerstädtischen Plätzen. Jedem Platz  
594 sollte eine Bestimmung zugewiesen werden. Die SPD will deshalb Kriterien  
595 entwickeln, welche Arten von Nutzung (Ruheplatz, beispielbarer Platz,  
596 Verkehrsknoten, etc.) für den jeweiligen Platz infrage kommen.



597

598 Interessen der Stadtentwicklung gehen vor Interessen von Investoren! Die Stadt  
599 muss wieder die Entwicklung vor allem im Innenstadtbereich bestimmen. Investoren  
600 haben sich den Leitlinien der Stadtentwicklung anzupassen, nicht umgekehrt. Dazu  
601 ist auch eine breitere Bürgerbeteiligung wünschenswert, denn die Bürgerinnen und  
602 Bürger leben schließlich in der Stadt.

603

604

## 605 **Wiesbaden in der Region**

606

607 Die Region Frankfurt/ Rhein-Main liegt zentral zu den anderen europäischen Wachs-  
608 tumsregionen London, Hamburg, München, Mailand und Paris. Die hervorragende  
609 nationale wie internationale Erreichbarkeit ist eine der entscheidenden Grundlagen  
610 für die große Wirtschaftskraft und Dynamik der Region.

611

612 Augenfälliges Merkmal ist ihre Polyzentralität. Diese Polyzentralität schafft  
613 Kreativität und bietet darüber hinaus viele andere Vorteile, ist aber auch eine der  
614 Ursachen der vielfach beklagten politischen Fragmentierung der Region und des  
615 Fehlens einer regionalen Identifikation. Beispiele für mangelnde Durchsetzungs- und  
616 Überzeugungskraft der Region sind gescheiterte Großprojekte wie die  
617 Olympiabewerbung, die Kulturhauptstadt oder eine Internationale Bauausstellung.

618

619 Die größte Herausforderung für die Region besteht darin, dass Politik, Wirtschaft,  
620 Organisationen/Verbände sowie die Bürger in den Kommunen ein  
621 Regionalbewusstsein entwickeln und akzeptieren, dass der Rhein-Main-Raum nur  
622 als handelnde Region weltweit konkurrenzfähig bleiben wird: Partikularinteressen  
623 und Kirchturmspolitik führen zu keiner nachhaltigen Zukunftsfähigkeit.

624

625 Bereits seit Mitte der 70er Jahre wird eine politische Neuordnung der Region  
626 diskutiert, die allerdings bisher zu keinem tragfähigen Konsens geführt hat, weil die  
627 lokalen Interessen stets stärker als die regionalen waren.

628

629 Eine neue politische Verfasstheit der Region in einem Regionalkreis bleibt für die  
630 Wiesbadener SPD ein mögliches Modell der Zukunft, wenn es auch zurzeit keine  
631 realistische und umsetzbare Perspektive ist, weil noch nicht mehrheitsfähig.

632

633 Auf dem Weg zu diesem Ziel sind Leitlinien der Regionalpolitik der Wiesbadener  
634 SPD:

635

636 – Die Region ist die Stadt der Zukunft.

637

638 – Der bisher verfolgte Ansatz der Freiwilligkeit in der kommunalen  
639 Zusammenarbeit hat nicht den erwarteten Erfolg gebracht, allenfalls in  
640 Ansätzen funktioniert. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Region durch  
641 ein Mehr an Verbindlichkeit von Maßnahmen zur Bündelung der Kräfte  
642 wirkungsvoll und nachhaltig zu erhöhen.

643

644 – Im Rahmen der längerfristigen Strategie und den Teilschritten zu ihrer  
645 praktischen Umsetzung sollen kurzfristig zunächst umsetzbare Maßnahmen  
646 und Kooperationsprojekte vereinbart werden. Dazu gehören etwa  
647 abgestimmte Flächennutzungspläne, gemeinsame Gewerbegebiete von

- 648 Kommunen, gemeinsame Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz,  
649 regionale Energiekonzepte, gemeinsame Konzepte zur allgemeinen und  
650 beruflichen Aus- und Weiterbildung und der dazu notwendigen Infrastruktur,  
651 Durchführung regionaler Großprojekte wie aktuell zum Thema  
652 Expressionismus.
- 653
- 654 – Nach der Kommunalwahl wird die SPD ein Magistratsmitglied mit der Aufgabe  
655 eines „Regionaldezernenten“ betrauen, um die unverzichtbare  
656 regionalpolitische Ausrichtung der Wiesbadener Stadtpolitik mit Nachdruck zu  
657 fördern.
  - 658
  - 659 – Die SPD wird nach der Kommunalwahl entscheiden, welchen Organisationen  
660 in der Region die Landeshauptstadt Wiesbaden beitrifft, beispielsweise dem  
661 Kulturfonds und /oder dem Verein Frankfurt/Rhein-Main oder dem geplanten  
662 Regionalpark-Haus in Weilbach.
  - 663
  - 664 – Im Laufe des Jahres 2010 wird das hessische Ballungsraumgesetz novelliert.  
665 Da eine Veränderung des räumlichen Zuschnitts bisher nicht beabsichtigt ist,  
666 bleibt die Landeshauptstadt weiterhin außen vor. Umso wichtiger ist es, alle  
667 sich bietenden Chancen der Kooperation in der Region zu nutzen.

## 668 Verkehrsentwicklung

669

670

### 671 **Verkehrspolitik mit Zukunft**

672 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass sich alle Menschen in  
673 Wiesbaden mit dem Verkehrsmittel ihrer Wahl schnell, sicher und zuverlässig  
674 fortbewegen können. Hierzu sind viele konkrete Maßnahmen in unserer Stadt nötig.  
675 Allerdings wissen wir, dass sich Verkehrsprobleme nicht alleine in Wiesbaden,  
676 sondern nur in Kooperation mit der Region lösen lassen. Dazu werden wir  
677 Wiesbadens Stimme im Rhein-Main-Verkehrsverbund wieder hörbar machen.

678

### 679 **Verkehr von Anfang an mitdenken**

680 Bei allen Planungsvorhaben müssen die Auswirkungen für den Verkehr zukünftig  
681 stärker bedacht werden. Dabei geht es nicht nur um die Zuwächse beim  
682 Autoverkehr, die mit neuen Planungen verbunden sind, sondern auch um die  
683 Bedürfnisse von Fußgängern, Radfahren und Nutzern des öffentlichen  
684 Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie um die notwendigen Parkplätze. Nur diese  
685 Gesamtbetrachtung führt zu vernünftigen Ergebnissen und verhindert die einseitige  
686 Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Verkehrsträger.

687

### 688 **Öffentlichen Personennahverkehr verbessern und ausbauen**

689 Die durchschnittliche Fahrtgeschwindigkeit der Busse ist in den letzten Jahren  
690 erheblich gesunken. Mit geringem Geldeinsatz können wir die Busse wieder  
691 schneller machen, beispielsweise durch verstärktes Kontrollieren und Freiräumen der  
692 Busspuren und durch andere Ampelschaltungen. Dazu werden wir Geld aus dem  
693 Garagenfonds einsetzen und den städtischen Haushalt somit nicht belasten.

694

695 Eine Verbesserung des Busangebots ist nicht kostenlos zu haben. Wir werden dafür  
696 mehr Geld in die Hand nehmen und dabei auch die Ausweitung der Zuschüsse der  
697 städtischen Holding für die Verkehrsbetriebe prüfen.

698 Wir streben langfristig eine kombinierte Fahrrad-/Busspur auf dem 1. Ring (zwischen  
699 Ringkirche und Landeshaus/Hauptbahnhof) an.

700 Um die Busverbindungen zwischen den Vororten zu verbessern werden wir prüfen,  
701 ob eine Verbindung zwischen den Vororten ermöglicht werden kann, die den direkten  
702 Verkehr abdeckt.

703

704 Um den ÖPNV attraktiver zu machen, werden wir die Einrichtung eines „City-Ring-  
705 Shuttles“ prüfen: Kleinere Fahrzeuge umfahren und durchfahren in einer Ringstrecke  
706 ausgehend vom Hauptbahnhof kostenfrei das historische Fünfeck und erlauben  
707 Touristen und Einkäufern eine schnelle und bequeme Beförderung durch die  
708 Innenstadt und den Rücktransport zum Bahnhof bzw. Park & Ride Platz.

709

710 Wir werden gleichfalls die Ausweitung der Kurzstreckenzone prüfen und diese  
711 Maßnahme – sollte sie Erfolg versprechend sein – mit dem RMV diskutieren.

712

713 Die SPD setzt sich für eine faire Bezahlung aller Busfahrer in städtischen  
714 Gesellschaften ein. Es ist untragbar, dass in Vollzeit bei WiBus beschäftigte  
715 Busfahrer mit Familie Aufstockungsleistungen von der Agentur für Arbeit beziehen  
716 müssen. Gute Arbeit muss sich auch in Wiesbaden lohnen.

717

718 Die SPD wird sich für attraktive Jobtickets einsetzen und dafür, wenn nötig, auch  
719 nicht den Konflikt mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund scheuen.

720

721 Wir wollen die Angebote der Ländchesbahn verbessern und unterstützen eine  
722 Intensivierung der touristischen Nutzung der Aartalbahnstrecke, die im nächsten  
723 Schritt zu einer Reaktivierung führen muss. Wir werden deshalb ausreichende Mittel  
724 bereitstellen, um die bestehende Strecke offenzuhalten.

725

### 726 **Radwege verbinden**

727 Die SPD wird einen Radverkehrsplan entwickeln, der verbindliche Schritte zur  
728 Verwirklichung eines geschlossenen Radwegenetzes enthalten soll und die  
729 Instandhaltung nachvollziehbar regelt. Wiesbaden hat unserer Ansicht nach nicht nur  
730 wegen der in der Tat schwierigen Topographie, sondern auch wegen mangelndem  
731 politischen Mut in den vergangenen Jahren eine der geringsten Anteile von  
732 Radfahrern am Verkehr im gesamten Rhein-Main-Gebiet.

733

### 734 **Bei Anwohnergaragen nicht auf Investoren warten**

735 Die SPD wird sich für den Bau von neuen Anwohnergaragen in der Innenstadt  
736 einsetzen oder auf eine Mitnutzung existierender oder geplanter Garagen drängen.  
737 Sollten sich für einzelne Vorhaben keine Investoren finden, muss die Stadt den Bau  
738 übernehmen. Auch hierfür kann auf den Garagenfonds zurückgegriffen werden.

739

### 740 **Innovation und Verknüpfung von Verkehrsträgern**

741 Moderne Verkehrskonzepte leben von der sinnvollen Verknüpfung verschiedener  
742 Angebote. Wir wollen daher innovative Formen des Verkehrs, wie beispielsweise das  
743 Car-Sharing, fördern.

744 In einem breit angelegten Diskussionsprozess werden wir ein integriertes  
745 Verkehrskonzept für Wiesbaden entwickeln, dessen Ziel eine Verbesserung der  
746 Mobilität und eine Verbesserung der Lebensqualität ist.

747

### 748 **Autoverkehr „verflüssigen“**

749 Wir wollen den schnellen Ausbau der Boelkestraße, die schon jetzt einen Engpass  
750 darstellt. Außerdem ist die gute Erschließung des Gewerbegebietes „Petersweg“  
751 Voraussetzung für Investoren mit dem gewünschten Gewerbemix, sich dort  
752 anzusiedeln.

753 Gerade in Bereichen in denen die Anwohner sehr stark unter der Verkehrsbelastung  
754 leiden, wie beispielsweise in Erbenheim in der Berliner Straße durch den  
755 Kreuzberger Ring, in der Nauroder Straße (An den Fichten) oder Waldstraße  
756 (Erschließung des Künstlerinnenviertels) muss mehr für die Entlastung getan  
757 werden. Die Entlastung der Anwohner soll vor allem durch eine gezielte Erhöhung  
758 des ÖPNV-Angebots und eine Ausweitung von „Park & Ride“-Plätzen erfolgen.

759 Diese Maßnahmen sind bei der angespannten finanziellen Lage der Stadt und den  
760 bestehenden Eigentumsverhältnissen auch schneller zu verwirklichen als der  
761 Neubau von Straßen.

762 Wir werden uns aber auch weiterhin für die Realisierung der Umgehung Fichten  
763 einsetzen, die Lösung der Verkehrsprobleme in Erbenheim mit höchster Priorität  
764 verfolgen und an der Lösung für die verkehrliche Entlastung der Waldstraße arbeiten.

## 765 Integration

766

767

768 Über 30 Prozent aller Wiesbadenerinnen und Wiesbadener haben einen  
769 Migrationshintergrund. Ziel der Wiesbadener SPD ist daher das friedliche und  
770 gedeihliche Zusammenleben einer Vielzahl und Vielfalt von Menschen. Das  
771 bedeutet, dass es keinen Zwang zur Gleichheit geben darf (keine Assimilation) und  
772 keine Absonderung bzw. Isolierung bestimmter Gruppen, ob freiwillig oder  
773 erzwungen (keine Segregation) stattfindet. Wir verstehen unter Integration, dass alle  
774 Menschen, die auf Dauer in Deutschland wohnen, leben und arbeiten:

775 – sich vorbehaltlos auf dem Boden der Verfassung und der Rechtsordnung  
776 der Bundesrepublik Deutschland bewegen,

777

778 – deutsch sprechen und verstehen können, unabhängig davon, was in der  
779 Familie gesprochen wird,

780

781 – gute Schulbildung, Ausbildung und auskömmliche Arbeit haben,

782

783 – anerkennen, dass in Deutschland Menschen unterschiedlicher Herkunft  
784 und Aussehens verträglich miteinander leben wollen.

785

786 Um diese Ziele zu erreichen, erwarten wir von allen Menschen Bemühungen um ein  
787 tolerantes Zusammenleben. Die Kommunalpolitik soll hier für Rahmenbedingungen  
788 sorgen. Wir wollen deshalb Integration verstärkt als Chance begreifen und nicht  
789 zuerst von vermeintlichen Defiziten ausgehen.

790

791 Deshalb wollen wir:

792

793 – Migrantenorganisationen stärker als bisher in politische und  
794 gesellschaftliche Prozesse einbinden sowie für eine stärkere Beteiligung  
795 der Migrantinnen und Migranten in den Vereinen werben,

796

797 – positive Entwicklungen (Tandem, Bildungslotsen, Vorbilder-Programme u.  
798 a.) in Wiesbaden herausheben,

799

800 – die interkulturelle Vernetzung im wechselseitigen Prozess fördern,  
801 insbesondere durch Angebote für Jugendliche in Stadtteilen mit  
802 besonderen Bedarfslagen,

803

804 – die Integrationsvereinbarung positiv würdigen und noch mehr  
805 Unterzeichner gewinnen,

806

807 – die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin und verstärkt  
808 kultursensibel und interkulturell schulen,

809

810 – die Sprachförderung ausbauen,

811

812 – uns für das kommunale Wahlrecht von Ausländern einsetzen, die seit  
813 mindestens fünf Jahren hier leben.

814

815 Gleichfalls gilt es allerdings auch, konkrete Projekte für eine weitergehende  
816 Integration auf den Weg zu bringen mit dem Ziel, die Identifikation mit dem  
817 Gemeinwesen zu fördern, beispielsweise durch:

- 818
- 819 – „Ehrenamtsbeauftragte“ für Migranten, um das ehrenamtliche Engagement zu  
820 fördern,  
821
- 822 – die Kampagne „Du gehörst dazu!“, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit  
823 Migrationshintergrund in Polizei, Feuerwehr, Stadtpolizei sowie den sozialen  
824 Berufen gewinnen will,  
825
- 826 – Initiativen, dass die Imame an Wiesbadener Moscheen in Deutschland  
827 ausgebildet werden und in deutscher Sprache predigen,  
828
- 829 – Migrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten in Bezirken mit hohem  
830 Migrantanteil – vergleichbar mit den Jugendbeauftragten, der als  
831 „Schnittstelle“ zwischen Parteien/Gremien/Verwaltung und den migrantischen  
832 Gemeinschaften des Stadtteils wirken kann,  
833
- 834 – die Eröffnung von Möglichkeiten zur Begegnung in den Stadtteilen  
835

836 Schließlich haben mehrere Studien gezeigt, dass es sich bei Integrationsproblemen  
837 eigentlich um sozialpolitische Fragestellungen und Probleme handelt. Eine  
838 Aufwertung der Sozialpolitik in Wiesbaden kommt daher unweigerlich auch der  
839 Integration zugute.

## 840 Schul- und Bildungspolitik

841

842 Bildungserfolg hängt auch in Wiesbaden davon ab, welche soziale Herkunft ein Kind  
843 hat. Die Landeshauptstadt kann es sich aber nicht erlauben, auch nur ein Kind auf  
844 dem Weg zu den bestmöglichen Bildungschancen zu verlieren – unabhängig von der  
845 sozialen Herkunft. Deshalb haben die Kinder in den Wiesbadener Schulen ein Recht  
846 auf gute Förderung von Anfang an, Inklusion (gemeinsames Lernen für alle,  
847 Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung in der Regelschule), die  
848 Einrichtung der Ganztagschule und auf den Ausbau der Schulsozialarbeit.

849

850 Der Aufbau eines inklusiven Schulsystems ist ein gesetzlich begründetes Vorhaben  
851 der Schulentwicklung. Das bedeutet, dass bei anstehenden Schulbauten und  
852 Schulsanierungen den Bedürfnissen der Inklusion schon jetzt Rechnung getragen  
853 werden muss. Eine so umfassende Veränderung kann nur sehr langfristig realisiert  
854 werden. Aber auch mittel- und kurzfristig muss die Politik Zwischenschritte einleiten.

855

856 Wir setzen uns ein für:

857

858 – verbesserte Bildungschancen vor dem Schuleintritt durch altersgemäße  
859 Förderung bereits in den Kindergärten,

860

861 – verstärkte Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen,

862

863 – Auslaufen der Hauptschulen; gleichzeitiger Aufbau integrierter Systeme,

864

865 – Erhalt und bauliche Modernisierung der beiden Oberstufengymnasien,

866

867 – umfassende Förderung von Ganztagsangeboten an allen Schulformen,

868

869 – flächendeckender Ausbau des Angebots an „echten“ Ganztagschulen,

870

871 – schulisches Mittagessen; kostenloses Angebot bei sozialer Bedürftigkeit,

872

873 – Stärkung der innerstädtischen Grundschulen in baulicher und pädagogischer  
874 Hinsicht, zu einem guten Stadtquartier gehört eine gute Grundschule.

875

876 In Zeiten zunehmend ganztägig arbeitender Schulen wird die Schule immer mehr  
877 zum Lebensraum für Kinder. Dieser darf nicht in einem maroden Zustand sein. Viele  
878 Wiesbadener Schulen befinden sich in einem schlechten baulichen Zustand. Wir  
879 werden daher einen Sanierungsplan erarbeiten und diesen kontinuierlich umsetzen.

880

881 Außerdem fordert die Wiesbadener SPD:

882

883 – Ausrichtung des schulischen Angebots am Elternwillen: Deckung des großen  
884 Bedarfs an Integrierten Gesamtschulen

885

886 – Praxis- und zukunftsorientierte Ausstattung der Beruflichen Schulen

887

888 – Schrittweise Eingliederung von Kindern mit Behinderung in die Regelschule,  
889 beginnend mit den Förderschulen für Lernhilfe

890

891

892

893

894

895

896

897

898

899

- Sicherung des hochwertigen Bildungsangebots der Wiesbadener Volkshochschule und der Vorort-Volksbildungswerke und der Wiesbadener Musik- und Kunstschule
  
- Stärkung des Hochschulstandortes Wiesbaden unter besonderer Berücksichtigung der Hochschule RheinMain; Intensivierung der Zusammenarbeit von Stadt und Hochschulen, keine weitere Förderung der EBS.



## Kunst und Kultur

900  
901  
902  
903  
904  
905  
906  
907  
908  
909  
910  
911  
912  
913  
914  
915  
916  
917  
918  
919  
920  
921  
922  
923  
924  
925  
926  
927  
928  
929  
930  
931  
932  
933  
934  
935  
936  
937  
938  
939  
940  
941  
942  
943  
944  
945  
946  
947  
948

Für die SPD steht die Bewahrung und Ausgestaltung der kulturellen Vielfalt unserer Stadt an erster Stelle. Dazu gehört:

- aktiver Einsatz für die Kulturschaffenden, z.B. um zusätzliche Räume für Künstler und Musiker bzw. Musikgruppen bereitzustellen,
- Unterstützung der kulturellen Initiativen und Aktivitäten in den Stadtteilen, der Kleinkunsth Bühnen sowie der Kulturvereine,
- konsequente Unterstützung des Film- und Medienstandorts Wiesbaden,
- Förderung der überregional beachteten, internationalen Filmfestivals und des wiederholt ausgezeichneten Archiv- und Programmkinos Caligari,
- Sicherung des hochwertigen Angebots des Hessischen Staatstheaters in allen Sparten und Spielstätten sowie seiner Festivals und der breit angelegten theaterpädagogischen Arbeit mit Schulen und in Stadtteilen,
- zeitgemäße bauliche und technische Ausgestaltung des Kulturstandorts Schlachthof,
- Bewahrung des historischen Stadtbildes, insbesondere von Architektur und Parkanlagen.

Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass endlich eine Realisierung des künstlerisch gestalteten Mahnmals für die Opfer des NS-Regimes erfolgt, genau wie die Fortführung der Erinnerungs- und Gedenkarbeit an dezentralen und authentischen Orten.

Wir stehen außerdem für den Ausbau und Modernisierung der zentralen Stadtbibliothek; Sicherung des dezentralen Angebots der Bibliotheken in den Stadtteilen und die Förderung der lokalhistorischen Arbeit in den Stadtteilen

Wir werden finanzielle und bauliche Perspektiven für ein Museum der Stadtgeschichte prüfen, da das bisher geplante Stadtmuseum nicht realisierbar ist. Diese Prüfung umfasst auch eine Konzepterstellung für ein „geteiltes“ Stadtmuseum in historischen Gebäuden der Stadt (Marktkeller, Schenk'sches Haus, Walhalla).

Wir wollen auch: Die Entwicklung eines Konzepts für die sinnvolle Nutzung der wertvollen Sammlung für ein Museum der deutschen Fernsehgeschichte, eine Initiative zum Erhalt und zur kulturellen Nutzung der Walhalla und die Bewahrung der Walkmühle als Künstler- und Kulturzentrum

Schließlich werden wir als Vorbereitung zur Erstellung eines städtischen Kulturentwicklungsplans 2020 einen umfassenden Dialog mit allen Kulturschaffenden und am kulturellen Leben Interessierten einleiten.

## 949 Wirtschaft

950

951

952 Zentrales Ziel einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist die nachhaltige  
953 Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Dafür werden wir die Standortvorteile  
954 Wiesbadens ausbauen, die Attraktivität der Stadt sowohl für Arbeitnehmer als auch  
955 Unternehmen erhöhen, uns für die Qualifizierung und Weiterbildung von  
956 Arbeitskräften und für eine stärkere Einbindung der Landeshauptstadt in die  
957 Metropolregion Rhein-Main eintreten.

958

### 959 **Die Stärken Wiesbadens ausbauen.**

960

961 Die Wiesbadener SPD setzt sich ein für

962

963 – einen Branchenmix aus verarbeitendem Gewerbe und  
964 Dienstleistungsunternehmen - vor allem im mittelständischen Bereich,

965

966 – die Verstärkung von Forschungs- und Entwicklungspotenzialen und die  
967 Vernetzung mit der Wirtschaft und der Hochschule Rhein-Main,

968

969 – ein mit der Region abgestimmtes integratives Standortmarketing,

970

971 – eine kommunale Vorratspolitik an gewerblichen Flächen mit ausreichender  
972 Infrastruktur für an- und umsiedlungswillige Unternehmen. Dazu gehört die  
973 Entwicklung des Gewerbegebietes Petersweg Ost in einen attraktiven  
974 Standort für Dienstleistungen – so wie es ursprünglich geplant war,

975

976 – eine Bündelung von Kompetenzen und die Verkürzung von  
977 Entscheidungswegen in der Stadtverwaltung.

978

979 Die SPD will nach einer öffentlichen Diskussion eine schnelle Entscheidung über die  
980 Entwicklung der Rhein-Main-Hallen, um den Kongressstandort langfristig zu sichern.

981

### 982 **Kleine und Mittlere Unternehmen stärken**

983

984 Die SPD wird durch eine transparente Ausschreibungspraxis mit angemessener  
985 Größe der zu vergebenden Aufträge für Chancengleichheit der hiesigen  
986 Unternehmen sorgen. Bei Großvorhaben soll in Abstimmung mit den Kammern die  
987 Bildung von Bieter-, Arbeits- und Kooperationsgemeinschaften gefördert werden.

988

### 989 **In unserer Stadt müssen die Qualifizierung und Weiterbildung von 990 Arbeitskräften für gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen selbstverständlich 991 sein.**

992

993 Die SPD steht dazu, dass in der Landeshauptstadt keine regulären,  
994 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze verdrängt werden. Gute Arbeit braucht  
995 faire Löhne. Die Stadt spielt hierbei als Arbeitgeberin eine wichtige Rolle bei der  
996 Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Ihre Vorbildfunktion wird dadurch  
997 sichergestellt, dass die Tariftreue bei Eigengesellschaften und Subunternehmern  
998 eingefordert wird.

- 999 Die SPD setzt sich dafür ein, dass  
1000  
1001 – möglichst alle jungen Menschen einen qualifizierten Berufsabschluss erhalten,  
1002  
1003 – die berufliche Weiterbildung Älterer gefördert wird,  
1004  
1005 – öffentliche Aufträge bevorzugt an Ausbildungsbetriebe vergeben werden,  
1006  
1007 – die Stadt weiter über Bedarf ausbildet,  
1008  
1009 – auch Geringqualifizierte gefördert werden.  
1010

1011 Aufgrund der demographischen Entwicklung hat der **Kampf um die Köpfe** bereits  
1012 begonnen. Wiesbaden hat gute Aussichten zu den Gewinnern des demografischen  
1013 Wandels zu gehören. Dazu muss die Attraktivität der Stadt - vor allem auch  
1014 außerhalb des Arbeitsplatzangebots im Bereich der Infrastruktur, des Wohnens und  
1015 der Kultur - für diese Bevölkerungsgruppe der qualifizierten Beschäftigten verbessert  
1016 werden.

1017  
1018 **Den Wettbewerb der Standorte wird Wiesbaden zukünftig nur bestehen, wenn**  
1019 **die Stadt sich stärker als Bestandteil der Region begreift.**  
1020

- 1021 Die SPD setzt sich ein für,  
1022  
1023 – die Entwicklung einer gemeinsamen Wiesbadener Position von Wirtschaft,  
1024 Politik, Verwaltung, Gewerkschaften, Handwerk, Einzelhandel, Kunst und  
1025 Kultur,  
1026  
1027 – die Berücksichtigung regionaler Entwicklungspotenziale bei Entscheidungen  
1028 über Neu-Ansiedlungen,  
1029  
1030 – die Beteiligung an regionalen Kooperationen,  
1031  
1032 – die mittelfristige Förderung einer regionalen Zusammenarbeit samt  
1033 gemeinsamer politischer Organisation des Rhein-Main-Gebiets unter  
1034 Beteiligung der Stadt Wiesbaden.

## Finanzen und Haushalt

1035  
1036  
1037  
1038  
1039  
1040  
1041  
1042  
1043  
1044  
1045  
1046  
1047  
1048  
1049  
1050  
1051  
1052  
1053  
1054  
1055  
1056  
1057  
1058  
1059  
1060  
1061  
1062  
1063  
1064  
1065  
1066  
1067  
1068  
1069  
1070  
1071  
1072  
1073  
1074  
1075  
1076  
1077  
1078  
1079  
1080

Solide Finanzen sind eine wesentliche Voraussetzung einer sozialdemokratischen Kommunalpolitik. Ohne eine geordnete Finanzwirtschaft ist eine eigenständige und selbstverantwortliche Kommunalpolitik nicht denkbar. Die Einnahmen der Städte müssen so bemessen werden, dass ihre wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsfähigkeit sichergestellt ist.

In Wiesbaden werden wir sorgfältig abwägen zwischen der Notwendigkeit, die weitere Verschuldung der Stadt zu begrenzen, und der Sicherung eines dauerhaften Leistungsangebotes, damit die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener weiterhin gern in ihrer Stadt leben und die Vorteile der Stadt im regionalen Wettbewerb als Wohn- und Wirtschaftsstandort erhalten bleiben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass die Ausgaben der Stadt langfristig in Grenzen gehalten werden müssen, damit sie nicht nachhaltig die Leistungskraft des Haushalts übersteigen. Die Rangfolge der Ausgaben und Kürzungen sind aber am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger zu messen. Eine Fortsetzung der derzeit betriebenen planlosen Kürzung nach der Rasenmähermethode wird es mit uns nicht geben.

Eine von der SPD regierte Stadt wird nicht bei den Ausgaben sparen, die der Daseinsvorsorge dienen. Angesichts des demografischen Wandels und der weiterhin bestehenden Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind gerade Ausgaben für die Kinderbetreuung und Bildung unerlässlich. Sie dürfen nicht eingeschränkt, sondern müssen weiter ausgebaut werden.

Gebühren und Beiträge für nach wirtschaftlichen Kriterien erbrachte Leistungen der Stadt müssen bei einem angemessenen städtischen Eigenanteil die Kosten decken. Die Entgelte für soziale und kulturelle Angebote sind dabei so zu gestalten, dass sie auch von den sozial schwächeren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Anspruch genommen werden können.

Die Verlagerung von kommunalen Aufgaben in städtische Gesellschaften, die in den letzten Jahren stark zugenommen hat, hat zu einer Zersplitterung von Aufgaben und Zuständigkeiten geführt. Diese Aushöhlung der Entscheidungs- und Kontrollmöglichkeiten des Stadtparlaments ist einzudämmen. Deshalb sprechen wir uns gegen PPP-Projekte aus und sehen keine Notwendigkeit, weitere Privatisierungen vorzunehmen. Wir wollen keinen Ausverkauf städtischen Eigentums.

Um unsere finanzpolitischen Ziele zu erreichen, brauchen wir eine leistungsfähige Verwaltung, in der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Veränderungsprozessen beteiligt werden. Denn die Landeshauptstadt Wiesbaden hat motivierte und leistungsbereite Beschäftigte. Die Identifikation mit der Stadt als Arbeitgeberin ist ebenso hoch wie das Bewusstsein, sich in der täglichen Arbeit für die Menschen dieser Stadt einzusetzen.

## Freizeit und Sport

1081  
1082  
1083  
1084  
1085  
1086  
1087  
1088  
1089  
1090  
1091  
1092  
1093  
1094  
1095  
1096  
1097  
1098  
1099  
1100  
1101  
1102  
1103  
1104  
1105  
1106  
1107  
1108  
1109  
1110  
1111  
1112  
1113  
1114  
1115  
1116  
1117  
1118  
1119  
1120  
1121  
1122  
1123  
1124  
1125  
1126  
1127  
1128  
1129  
1130  
1131

Die vielfältigen Angebote des Sports in Wiesbaden leisten einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in unserer Stadt und tragen zum inneren Zusammenhalt unseres Gemeinwesens bei. Im Rahmen sportlicher Betätigung finden gesellschaftliches Miteinander und sozialer Ausgleich statt, wird Zusammenleben unter Einbindung aller Generationen gestaltet. Die in den Vereinen engagierten Menschen bringen ihre Freizeit aktiv und selbstbestimmt ein. Hier wird Eigeninitiative und Kreativität täglich gefordert, gefördert und erfahrbar.

Die Leistungen der vielen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger machen unsere Stadt lebendig und sozial, Investitionen in den Sport sind deshalb gut angelegt.

Die Menschen in unserer Stadt stellen neue Ansprüche an Form und Inhalt von sportlichen Angeboten ebenso wie an die Möglichkeiten der Mitwirkung in den Vereinen. Dementsprechend müssen die Motivationen für bürgerschaftliches Engagement reflektiert und bei der Organisation von Angeboten berücksichtigt werden. Die demografische Entwicklung mit vielen aktiven Seniorinnen und Senioren und sinkender Zahl von Jugendlichen stellt besondere Anforderungen an diese Angebote.

Sportvereine werden künftig in stärkerem Maße als bislang die Betreuung von Sportanlagen übernehmen müssen. Die dadurch erbrachte Eigenleistung bedarf der finanziellen Absicherung.

Die Organisation der öffentlichen Einrichtungen ist ebenfalls hinsichtlich der Nachfrage, einer effizienten Bewirtschaftung und der Mittel zu überprüfen. Sportangebote, die nicht angenommen werden, oder Vereine, die sich weder für die Jugend noch sonst sozial engagieren, müssen künftig damit rechnen, dass Anpassungen der Förderung vorgenommen werden. Die Wiesbadener SPD als Partner des Sports sieht sich auch künftig verpflichtet, die Sportförderung auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. Dies gilt insbesondere für die Sportstätteninfrastruktur und die Unterstützung von Sportangeboten für Kinder, Jugendliche und sozial Benachteiligte.

Die Förderung von Bewegung und Sport muss integrativer Bestandteil der Wiesbadener Stadtplanung werden. Anreize zur Bewegung und Sportmöglichkeiten für alle zu schaffen, gehört zum Leitbild einer sozialen Stadt. Die Entwicklungsplanung für Sportstätten muss fortgeführt werden. Dafür benötigen wir stärker als bisher Möglichkeiten für Sport und Bewegung in Wohnortnähe. Die Sport- und Freizeiteinrichtungen in den Kommunen müssen sich dazu in baulich gutem Zustand befinden und neuen Anforderungen angepasst werden, um eine flexiblere Nutzung zu ermöglichen.

### **Spitzensport als Imageträger**

Sportliche Talente haben Anspruch auf Förderung zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten, sie sind Teil des gesellschaftlichen Reichtums und repräsentieren das Gemeinwesen.

1132 Ereignisse des Spitzensports sind auch ein Wirtschaftsfaktor, sie gehören zu unserer  
1133 Alltagskultur und Freizeitgestaltung. Regionale Schwerpunktsetzungen sind in der  
1134 Gestalt vorzunehmen, dass sportliche Großveranstaltungen wie der Ironman 70.3  
1135 und das Pfingst-Reitturnier zu etablieren bzw. zu sichern sind, wobei kommerzielle  
1136 Aktivitäten sich grundsätzlich selbst tragen müssen. Im Rahmen des Stadtmarketings  
1137 soll der Sport als Imageträger und zur Profilbildung genutzt werden. Daher ist neben  
1138 einer attraktiven Infrastruktur die Akquirierung von sportlichen Großveranstaltungen  
1139 auch weiterhin erforderlich. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Bereitstellung  
1140 von geeigneten Sportflächen zu achten – etwa einer bundesligatauglichen Halle für  
1141 den VCW.  
1142

### 1143 **Anforderungen an Erhalt und Fortentwicklung des Sports in Wiesbaden** 1144

- 1145 – Die kostenfreie Nutzung der Sportanlagen durch Bürgerinnen und Bürger  
1146 sowie Vereine ist zentraler Bestandteil der Wiesbadener Sportpolitik und  
1147 daher auch weiterhin zu gewährleisten.  
1148
- 1149 – Die finanzielle Förderung der Vereine ist im bisherigen Umfang fortzuführen.  
1150 Besondere Schwerpunkte der Förderung sind in den Bereichen Jugend,  
1151 Behindertensport, Gesundheitssport und Sanierung vereinseigener Anlagen  
1152 unter energetischen Gesichtspunkten zu setzen.  
1153
- 1154 – Eine Sportstättenentwicklungsplanung soll nach Erstellung von  
1155 Prioritätenlisten für die Erneuerung von Rotgrandplätzen mit Kunstrasenbelag  
1156 und die Sanierung von Sporthallen sowie bedarfsorientiert für Neubauten  
1157 erfolgen.  
1158
- 1159 – Die Wiesbadener Schwimmbäder haben einen hohen Wert für die Gesundheit  
1160 und Erholung der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger und sind  
1161 unverzichtbar für die hervorragende Arbeit der Schwimmvereine. Eine  
1162 Privatisierung der Bäder ist in jedem Fall abzulehnen, um die bisherigen  
1163 Standards beibehalten zu können.  
1164
- 1165 – Das Sportamt ist in seiner Funktion als Steuerungsinstanz, Dienstleister der  
1166 Vereine, Bürgerinnen und Bürger sowie Projektbetreuer und -entwickler zu  
1167 stärken und mit dem erforderlichen Personal auszustatten.  
1168
- 1169 – Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen sind anzustreben und  
1170 aktiv zu begleiten.  
1171
- 1172 – Die attraktiven Wiesbadener Freizeiteinrichtungen z. B. Unter den Eichen,  
1173 Rettbergsaue, alter Friedhof sind fortzuentwickeln.

## 1174 Bürgerbeteiligung

1175

1176

1177 Die Wiesbadener SPD steht für eine Gesellschaft, in der Menschen sich nach ihren  
1178 Fähigkeiten und Möglichkeiten einbringen. Für uns ist das Ehrenamt kein  
1179 Lückenbüßer für den sich zurückziehenden Staat, vielmehr bereichert die  
1180 ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die Stadtgesellschaft, sondern auch die aktiven  
1181 Menschen. Dies wollen wir fördern durch:

1182

1183 – Aufwertung der Ehrenamts- und Jugendleitercard,

1184

1185 – Förderung ehrenamtlicher Strukturen bzw. des Vereinswesens,

1186

1187 – die Stärkung von Ehrenamtslotsen und Bündelung diverser Initiativen, die  
1188 aktive Menschen zusammenbringen und den Ehrenamtlichen ein  
1189 passendes Betätigungsfeld vermitteln – wie etwa das Freiwilligenzentrum.

1190

1191 Wir werden die Einrichtung eines richtigen **Bürgerhaushalts** prüfen, um nicht erneut  
1192 – wie die derzeitige Stadtregierung - mit halbgenen Initiativen erfolglos zu agieren.

1193 Dazu gehört allerdings ein wirklich durchdachtes Konzept, das die Bürger von  
1194 Anfang an mit einbezieht.

1195

1196 Das **Jugendparlament**, das mit maßgeblicher Beteiligung der SPD eingerichtet  
1197 wurde, soll stärker als bisher ein Sprachrohr der Jugend Wiesbadens werden. Eine  
1198 mögliche Vereinnahmung durch Jugendorganisationen der politischen Parteien sollte  
1199 effektiver vermieden werden – etwa durch gegenseitige Ausschlussklauseln. Das  
1200 Jugendparlament soll ein Instrument der Partizipation Jugendlicher sein und nicht der  
1201 Profilierung Einzelner dienen.

1202 Wir wollen das Jugendparlament stärken und es – wie auch den Seniorenbeirat – mit  
1203 Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung ausstatten. Ein selbstbestimmtes  
1204 und funktionsfähiges Jugendgremium auf der einen und die Beratung der  
1205 zuständigen Verwaltung im Umgang mit Jugendlichen auf der anderen Seite ist aus  
1206 unserer Sicht nur durch unabhängige Fachkräfte gewährleistet, die von der Stadt  
1207 finanziert werden müssen.

1208

1209 Die **Städtepartnerschaften** haben in Wiesbaden eine lange Tradition. Wir wollen die  
1210 bisherigen partnerschaftlichen Aktivitäten weiter stärken, Funktionierendes fördern,  
1211 nicht Funktionierendes auf den Prüfstand stellen und neue Kontakte unterstützen,  
1212 soweit sie für Wiesbaden sinnvoll und zukunftsfähig sind.

## Frauenpolitik

1213  
1214  
1215  
1216  
1217  
1218  
1219  
1220  
1221  
1222  
1223  
1224  
1225  
1226  
1227  
1228  
1229  
1230  
1231  
1232  
1233  
1234  
1235  
1236  
1237  
1238  
1239  
1240  
1241  
1242  
1243  
1244  
1245  
1246

In vielen gesellschaftlichen Bereichen sind Frauen nach wie vor benachteiligt – wie etwa bei den ungleichen Einkommen von Männern und Frauen oder der unbezahlten Pflegearbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird.

Gleichstellung im alltäglichen Leben herzustellen, ist deshalb ein wichtiges Ziel der SPD.

Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Frauen und Männer sind unterschiedlich betroffen, wenn es um Themen wie Mobilität / Nahverkehr, Stadtplanung, Bildung und Betreuung geht. Das sind klassische kommunale Handlungsfelder, in die es die geschlechtliche Perspektive zu integrieren gilt.

Deshalb setzt sich die SPD für die kommende Wahlperiode folgende Ziele:

- Die finanzielle Absicherung der bestehenden Einrichtungen für Frauen, Frauenprojekte und -initiativen und ihrer Vernetzungen wird gewährleistet.
- Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des Hessischen Gleichstellungsgesetzes in der Verwaltung ein. Frauenförderung in der Stadt muss ernst genommen werden. Die Landeshauptstadt muss ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.
- Belange von Frauen werden stärker als bisher bei allen Planungsvorhaben berücksichtigt und umgesetzt.
- Die Präventionsarbeit gegen Gewalt an Mädchen und Frauen muss sichergestellt werden. Hier gilt es vor allem die betreffenden Institutionen, die hervorragende Arbeit leisten, weiter zu unterstützen und ihnen insbesondere in finanzieller Hinsicht Sicherheit zu geben.
- Berufs- und Karrierechancen für Mädchen und Frauen müssen erweitert werden, damit Armut nicht weiblich bleibt.



## 1247 Gesundheitspolitik

1248

1249

1250 Die medizinische Versorgung der Gesundheitsstadt Wiesbaden zeichnet sich bisher  
1251 durch eine hohe Qualität aus. Dies zeigt sich etwa an den Akutkrankenhäusern wie  
1252 den Dr. Horst Schmidt Kliniken, der Asklepios Paulinen Klinik oder dem St. Josefs-  
1253 Hospital, aber auch an den Fach bzw. Privatkliniken, Therapie- und  
1254 Wellnesseinrichtungen wie der Kaiser-Friedrich-Therme und dem Thermalbad im  
1255 Aukammtal sowie der grundsätzlich hohen Arztdichte. Außerdem bietet die  
1256 Landeshauptstadt Wiesbaden u. a. ein breites Beratungsangebot an. Darunter fallen  
1257 die Impfberatung für Kinder und Jugendliche, die reisemedizinische Beratung, die  
1258 heilpädagogische Beratung usw. Zudem unterstützt die Stadt die örtlichen  
1259 Selbsthilfebewegungen, koordiniert gesundheitsförderliche Aktivitäten und vieles  
1260 mehr. Die bestehende Gesundheitsversorgung in Wiesbaden gilt es auch in Zukunft  
1261 zu erhalten, auszubauen und zu verbessern!

1262

1263 **Die Gesundheit unserer Kinder** liegt der SPD besonders am Herzen. Deswegen  
1264 wollen wir die gesundheitliche Situation von Kindern insbesondere aus sozial  
1265 benachteiligten Familien verbessern und eine gesunde Entwicklung von frühester  
1266 Kindheit fördern. Wir wollen beispielsweise

- 1267 – die Ausweitung von medizinischen Untersuchungen und Maßnahmen zur  
1268 Förderung der Gesundheit in Kitas und Schulen,
- 1269 – eine verstärkte Aufklärung über Suchtgefahren bei legalen und illegalen  
1270 Drogen,
- 1271 – die Weiterentwicklung und Optimierung von vorhandenen Projekten und  
1272 Bemühungen der Stadt zum Thema Gesundheitsförderung,
- 1273 – uns für eine Kampagne gegen „Impfmüdigkeit“ einsetzen, denn viele Kinder  
1274 werden heute nicht mehr geimpft, obwohl Schutzimpfungen Leben retten  
1275 können.

1276

1277 **Unsere Senioren** verdienen nach einem arbeitsreichen Leben auch im hohen Alter  
1278 eine optimale und auf sie angepasste medizinische Versorgung. Dazu wollen wir  
1279 beispielsweise

- 1280 – die Beratung der Angehörigen von Demenzkranken weiterentwickeln, hierzu  
1281 werden wir auf den bewährten Strukturen des Forum Demenz aufsetzen,
- 1282 – die klinisch-geriatrische Versorgung einem steigenden Bedarf, ermöglicht  
1283 durch eine höhere Lebenserwartung, anpassen.

1284

1285 **Lärm ist ein Krankheitsauslöser** und leider nehmen die Lärmquellen ständig zu.  
1286 Deshalb liegt unser besonderes Augenmerk auf Lärmbekämpfung, sei es

- 1287 – durch Aufklärung über Lärmrisiken,
- 1288 – durch bauliche, straßenbauliche oder ordnungspolitische Maßnahmen,
- 1289 – und Maßnahmen zur Schalldämmung.

1290 In Schulen ist besonders Aufklärung über die Auswirkungen von Freizeitlärm etwa  
1291 durch MP3-Player, durch laute Musik in Diskotheken oder bei Konzerten, zu leisten.

1292

1293 **Die Selbsthilfegruppen** in Wiesbaden leisten einen unschätzbaren Dienst für das  
1294 Gesundheitswesen. Ihre ehrenamtliche Arbeit unterstützt und ergänzt das staatliche  
1295 Gesundheitsangebot. Damit ihre Arbeit auch weiterhin geleistet werden kann, wollen  
1296 wir

- 1297 – diese Gruppen auch in Zukunft finanziell und beratend unterstützen,  
1298 – und die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Stadt fördern und intensivieren.

1299

1300 **Psychische Erkrankungen:** Wir werden in Zukunft darauf achten müssen, dass die  
1301 altersgerechte medizinische Versorgung der psychisch Kranken in den Einrichtungen  
1302 des betreuten Wohnens gewährleistet ist. Die Versorgung von psychisch Erkrankten  
1303 ist in Wiesbaden noch verbesserungswürdig, deswegen wollen wir

- 1304 – die Strukturen zur Früherkennung von psychischen Krankheiten schaffen, die  
1305 bereits im Vorfeld Hilfe leisten,  
1306 – uns dafür einsetzen, dass die medizinische Versorgung insbesondere in der  
1307 Kinder- und Jugendpsychiatrie deutlich verbessert wird,  
1308 – verbesserte Angebote für junge Erwachsene im außer- und nachklinischen  
1309 Bereich schaffen,  
1310 – den Erhalt und die gute finanzielle Ausstattung der psychosozialen  
1311 Beratungsstellen.

1312

1313 **Prävention** muss eine wichtige Aufgabe für die kommunale Gesundheitspolitik  
1314 bleiben. Aus diesen Gründen wollen wir die bestehenden Programme weiterführen  
1315 und den Bedarf von weiteren Projekten ermitteln.

1316 Dabei setzen wir auf eine verstärkte Vernetzung von Stadt, Selbsthilfegruppen,  
1317 Gesundheitsträgern und der Privatwirtschaft.

1318

1319 **Der Kampf gegen AIDS:** Trotz der großen Fortschritte in der Medizin und den  
1320 lebensverlängernden Medikamenten, bleibt AIDS eine tödliche Krankheit. Deshalb  
1321 wollen wir

- 1322 – die Aufklärung von Jugendlichen intensivieren,  
1323 – die Aufklärungs- und Beratungsarbeit der Wiesbadener AIDS-Hilfe weiterhin  
1324 finanziell unterstützen.

1325

1326 **Die Wiesbadener Krankenhauslandschaft** ist vielfältig und garantiert eine breite  
1327 stationäre Versorgung. Damit die gute Versorgung auch in Zukunft gewährleistet  
1328 wird, wollen wir die HSK als kommunales Krankenhaus erhalten und die Einbindung  
1329 sowie Weiterentwicklung der HSK in einen zukunftsfesten Rhein-Main-Klinikverbund  
1330 unterstützen.

1331 Dabei wollen wir sowohl die Bedürfnisse der Patienten als auch die Sorgen und  
1332 Belange der Belegschaft bei Einrichtung des Klinikverbundes berücksichtigen.

1333

1334

1335

1336

---